

Haushaltsrede 2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

an erster Stelle danken wir Herrn Voigt und seinem Team der Kämmerei für den diesjährigen Haushaltsentwurf und die geduldige Beantwortung unserer Fragen.

Nach sehr langer Zeit haben wir es in diesem Jahr mit einer für Zülpich wirklich besonderen Situation zu tun:

Der Zülpicher Haushalt ist 2017 ausgeglichen!
Das bedeutet zuerst, dass es in diesem Jahr keine weitere Erhöhung der Realsteuern geben wird und dass wir realistisch das Ende der Zeit im Haushaltssicherungskonzept im kommenden Jahr erreichen können.
Die anhaltend sehr gute Konjunktur trägt erheblich dazu bei.

Für dieses Jahr sind die Spielräume im Haushalt wieder sehr gering.

Im letzten Jahr herrschten große Befürchtungen in Bezug auf die Finanzierung der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen. Jetzt können wir sagen: Die Zuschüsse reichen für den zu deckenden Bedarf aus. Wir müssen nun auch seitens der Kommune Anstrengungen unternehmen, unseren Neubürgern, die zum Teil sehr intensiv daran arbeiten, sich zu integrieren, in unserer Stadt ein zu Hause zu bieten.

Es werden viele Einfamilienhaussiedlungen geplant, aber nicht einmal einzelne Mehrfamilienhäuser in Neubaugebieten sind erwünscht (obwohl theoretisch möglich, was gern betont wird).

Wir benötigen bezahlbaren Wohnraum.

Wir wollen keine Mehrfamilienhausghettos, wir wollen Mietangebote, die in entstehende Wohngebiete integriert sind. In Zülpich leben viele Familien, die sich kein Einfamilienhaus leisten können oder wollen. Dies trifft auch auf junge Menschen zu, die nach der Schulausbildung vor Ort bleiben wollen und auch auf eine zunehmende Zahl älterer Mitbürger, die sich

keine teure Eigentumswohnung erlauben können. Seitens der Stadt wird viel zu wenig unternommen, um preiswerten und guten Wohnraum zu schaffen.

In Weiler in der Ebene gab es jetzt **erstmal**s eine Übersicht über vorhandene und nutzbare Flächen innerhalb des Orts. **Dieses Vorgehen benötigen wir in allen Ortschaften und in der Kernstadt.**

Die vielen Siedlungen am Ortsrand sind nicht nachhaltig und führen zu immer mehr Versiegelung. Wenn wir uns für Neubausiedlungen auf dem Acker entscheiden, brauchen wir dringend Konzepte zu einer zentralen regenerativen Wärme- und Stromversorgung, wie sie in anderen Städten längst üblich ist.

An den Schulen in der Kernstadt gibt es ein unverkennbares Raumproblem, dem wir uns nicht ausreichend stellen:

Die **Chlodwigschule** platzt aus allen Nähten, während der Schulstandort Füssenich aufgegeben und mittlerweile der Stephanusschule zur Nutzung zur Verfügung gestellt wurde. Im Nachhinein bleibt die Feststellung, dass der Standort Füssenich uns heute weiterhelfen würde.

Die Hauptschule muss momentan Räume an die Grundschule abgeben, obwohl sie diese für ihr pädagogisches Konzept eigentlich bräuchte.

Am **Frankengymnasium** muss das Lehrer-Raum-System bei der Klassenverteilung kritisch hinterfragt werden, da dadurch Räume gebunden sind. Die momentan kritischen Schülerzahlen am Gymnasium können hoffentlich durch entsprechendes Engagement wieder gesteigert werden.

Die KvL-Realschule erlebt einen gewaltigen Aufschwung und platzt ebenfalls aus allen Nähten. Es zeigt sich, dass der Erhalt dieser Schule von den Eltern dankbar angenommen wird.

KvL-Realschule und Chlodwigschule werden, so wie es aussieht, langfristig vierzünftig bleiben und mit den ihnen zur Verfügung

stehenden Räumlichkeiten nicht mehr zurechtkommen. Wir werden also kurzfristig weitere Anbauten konkret ins Auge fassen müssen.

Die Anforderungen der Schulen zum Programm „Gute Schule 2020“ wurden den Ratsmitgliedern erst nach der Sitzung des Schulausschusses zugestellt, was eine Beratung unmöglich machte, die im Ausschuss sowieso abgeblockt wurde.

Sie finden in der Stellungnahme der Verwaltung auch nur wenig Niederschlag. Vieles, besonders die EDV-Themen, wird auf eventuell kommende Bundeszuschüsse verschoben. Das ist gefährlich, besonders vor Bundestagswahlen, die zu ganz anderen Prioritäten in der Politik führen könnten.

Themen, die mit städtischen Mitteln umgesetzt werden können, MÜSSEN auch umgesetzt werden.

Zu den EDV-Wünschen, besonders des FraGy, stellt sich uns in erster Linie die Frage, welche eigenständigen Bemühungen aus dem Schulbudget es dazu geben kann. Besonders der Punkt „Datensicherheit“ fällt als extrem dringlich auf.

Wir sind der Meinung, dass zumindest das zu erwartende Kostenvolumen der angemeldeten Maßnahmen seitens der Stadtverwaltung bekannt gemacht werden muss.

Dann sollten in gemeinsamen Runden alle Punkte auf den Tisch und die Wünsche und Bedürfnisse der Schulen den auf allen Ebenen vorhandenen Geldern gegenübergestellt werden.

Wir sind sicher, dass sich zum einen Verschiebungen ergeben werden, zum anderen aber durch die so geschaffene Transparenz auch mehr Zufriedenheit in den Schulen herrschen wird. Insbesondere für das Gymnasium mit seiner Oberstufe ist der Ausbau der Digitalisierung ein entscheidender Faktor, um das Überleben der Schule zu sichern.

Es ist sehr bedauerlich, dass der zuständige Schulausschuss in keiner Weise mit den Themen befasst wurde. Es hätte dort

unbedingt vor der Haushaltsverabschiedung eine offene Diskussion geben müssen.

Die Politik hat keine Erweiterung des Kindergartens in Hoven beschlossen, sondern sich stattdessen für einen Neubau entschieden. Nun hoffen wir auf ein wohltuend anderes Kindergartenangebot für Zülpich im Neubaugebiet in der Chlodwigstraße. Wir halten die jetzt beschlossene Umsetzung von Kindern von der Kita Blayer Straße in eine zusätzliche dritte Gruppe an der Chlodwigstraße für kritisch. Insbesondere ärgert uns, dass der Schulausschuss zum wiederholten Male Fakten geschaffen hat, ohne die Betroffenen frühzeitig einzubeziehen.

Die Mensa ist ein ganz trauriges Kapitel, zumindest haushaltstechnisch betrachtet. Es hat sich eine Arbeitsgruppe mehrmals getroffen, Freizeit investiert und Ideen entwickelt und es steht nicht einmal ein geringer Geldbetrag als Merkposten im Haushalt, um hier irgendetwas umzusetzen. Es ist aber wichtig, hier schnell zu Ergebnissen UND Umsetzungen zu kommen.

Dass es im Hauptausschuss nicht möglich war, darüber zu diskutieren, ist nur ein Beispiel für Mehrheitspolitik nach Gutsherrenart.

Nicht geklärt und sehr unbefriedigend ist die Situation der Musikschule. Sie benötigt zuverlässig nutzbare Räume: Instrumente müssen untergebracht werden und Schüler müssen zuverlässige Raumansagen bekommen. Wenn wir über Anbauten an den Schulen nachdenken, können wir auch für die Musikschule die Situation deutlich verbessern.

Zu den Windkraftkonzentrationszonen: Hier müssen die Planungen zum Abschluss gebracht werden und dort den Bau ermöglichen, wo es die Situation zulässt. Das heißt, wir benötigen sachgerechte Aussagen zu Lärm und auch zum Fledermaus- und Vogelschutz.

Wir wünschen uns Konzepte zur Umsetzung von Bürgerwindrädern und freuen uns auf einen positiven Beitrag von Zülpich gegen den Klimawandel und auch auf zukünftige Steuereinnahmen für die Stadt. Wer die Energiewende, wie in

letzter Zeit leider häufig zu hören war, lapidar für gescheitert erklärt, ist bereit unseren Kindern einen Scherbenhaufen zu hinterlassen.

Wir erwarten, dass zukünftige Haushaltsberatungen diesen Begriff auch verdienen. Nicht weil wir vorhaben, Riesenmengen Geld auszugeben, sondern weil wir wollen, dass unsere Ideen und Vorschläge gemeinsam diskutiert werden.

Wir wären bereit einen Haushalt mitzutragen, wenn die in Zülpich regierende Mehrheit auf uns zu käme und unsere Ideen ernst nähme.

Doch wenn Sie wirklich glauben, dass die Übernahme von Verantwortung gleichbedeutend damit ist, ihre Vorschläge nur abzunicken, bleibt uns nichts anderes übrig als den Haushalt 2017 von CDU und SPD abzulehnen.